

Staatskanzlei • Postfach 10 24 31 • 66024 Saarbrücken

Herrn
Helmut Diener
Geschäftsführer der mobifair
für fairen Wettbewerb in der Mobilwirtschaft
Niddastr. 98 - 102
60329 Frankfurt/Main

Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts (BR-Drs. 349/08)

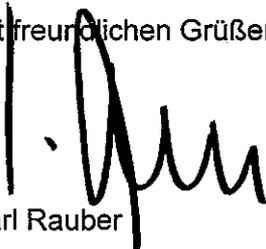
Ihr Schreiben vom 19. Juni 2008

Sehr geehrter Herr Diener,

auch im Namen von Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller danke ich für Ihr oben genanntes Schreiben.

Der Bundesrat ist in seiner 846. Sitzung am 4. Juli 2008 zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Vergaberechts eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Änderungsempfehlungen der Ausschüsse zu dem von Ihnen kritisierten Formulierungsvorschlag der Bundesregierung zu § 97 Abs. 3 GWB haben keine Mehrheit gefunden. Damit hat der Bundesrat akzeptiert, dass der öffentliche Auftraggeber in der Leistungsbeschreibung Innovations-, Umweltschutz- oder soziale Aspekte berücksichtigen kann. Diese Anforderungen können nach der Begründung z. B. die Beschäftigung von Auszubildenden oder Langzeitarbeitslosen bezogen auf den konkreten Auftrag oder eine angemessene Bezahlung zur Sicherstellung der Qualifikation von Wachpersonal betreffen. Für weitergehende gesetzliche Klarstellungen in dem von Ihnen gewünschten Sinne hat sich keine Mehrheit gefunden.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Rauber

Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten
Chef der Staatskanzlei

